

Die Woche im Bundestag



„Konzertierte Aktion“ ist ein Rohrkrepiierer

Die wirtschaftliche Lage ist von hoher Inflation und eklatantem Facharbeitermangel, schwindender Wettbewerbsfähigkeit und einer erstmals seit Jahrzehnten negativen Handelsbilanz geprägt. Und der im Kabinett beschlossene Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2023 macht die Finanzzwänge des Bundes deutlich: Die Kreditobergrenze wird mit einer Nettokreditaufnahme von 17,2 Mrd. Euro vollständig ausgeschöpft, zudem werden Rücklagen angegriffen.

Diesen Herausforderungen wird weder der Haushaltsentwurf noch die erste Gesprächsrunde der „Konzertierten Aktion“ gerecht. Der angekündigte große Wurf gegen die Inflation wird zum Rohrkrepiierer.

Chaos an den Flughäfen beseitigen

Deutschland steckt im Reisechaos. Reisende verzweifeln an langen Schlangen an Flughäfen, verpassten

oder gestrichenen Flügen, verlorenem Gepäck und massiven Verspätungen. In den Hotels und der Gastronomie der deutschen Urlaubsregionen, fehlen tausende Arbeits- und Fachkräfte. Manche Restaurants und Cafés an der Küste oder in den Bergen müssen deshalb schon an mehreren Tagen der Woche schließen. So zerplatzt für viele der Traum eines unbeschwerten Urlaubssommers nach mehr als zwei Jahren des coronabedingten Verzichts.

Und die Bundesregierung? Zeigt mit dem Finger auf Airlines, Flughafenbetreiber und Sicherheitsfirmen, statt sich mit den Sorgen der Bevölkerung zu beschäftigen. Wir dagegen haben Vorschläge zur Weiterentwicklung der Fluggastrechte oder zu kurzfristigen Gewinnung von Arbeitskräften eingebracht. Jetzt ist die Regierung am Zug und muss endlich handeln, damit der Urlaub nicht ins Wasser fällt.

1,74
MILLIONEN
FACH- UND ARBEITSKRÄFTE
FEHLEN IN DEUTSCHLAND.

CDU/CSU

Brückenbauer statt Spalter



Mit Mehrheit des Deutschen Bundestages wurde in dieser Woche auf Vorschlag der Bundesregierung Ferda Ataman zur Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes gewählt. Dazu erklärt die **frauenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Silvia Breher:**

„Die Person der Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes muss Brücken bauen und sich für Integration Andersdenkender und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Dass nun die Ampel-Regierung mit Frau Ataman jemanden vorgeschlagen hat, der in der Vergangenheit mehr durch spalterische Polemik als durch diese benötigten Eigenschaften aufgefallen ist, finden wir sehr schade. Es zeigt sich in diesem Vorschlag und der heutigen Wahl, dass auch die Kritik der Union am geänderten Verfahren berechtigt war. Erst durch das alleinige Vorschlagsrecht der Bundesregierung und die Wahl durch den Bundestag ohne die Zwänge der beamtenrechtlichen Bestenauslese nach dem Prinzip Eignung, Leistung und Befähigung ist es ermöglicht worden, diesen umstrittenen Personalvorschlag durchzudrücken.

Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass Frau Ataman in ihrer neuen Funktion Abstand von alten Gewohnheiten und Einstellungen nimmt und das verantwortungsvolle Amt unvoreingenommen und mit der Gewissenhaftigkeit ausführt, die ihm gebührt. Wir wünschen ihr dafür alles Gute und können versichern, dass wir in der Sache konstruktiv mit Frau Ataman zusammenarbeiten werden.“

Wälder nutzen statt stilllegen

Zum Unions-Antrag zur Honorierung von Ökosystemleistungen der Wälder erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:**

„Die Wälder können sich immer weniger auf natürliche Weise an den Klimawandel anpassen. Den Wald umzubauen, um ihn fit für die Zukunft zu machen, verursacht jedoch immense Kosten. Die vielen Waldbäuerinnen und Waldbauern brauchen dafür eine finanzielle Vergütung. Nur eine solche ermöglicht es ihnen, die Wälder aufzuforsten und zu klimastabilen Mischwäldern umzubauen. Das wiederum ist im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Die Ampel verkennt diese Realitäten. So möchte der zuständige Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir die Honorierung der Ökosystemleistungen an grüne Ideologien knüpfen: Wälder sollen im großen Stil stillgelegt und neue bürokratische Hürden für die Waldbesitzer aufgebaut werden. Das aber verhindert den Waldbau und schadet damit dem Klima und der Forstwirtschaft.

In ihrem Antrag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion



deshalb eine zielgerichtete und unbürokratische Honorierung der Ökosystemleistungen.“

Die Woche im Plenum



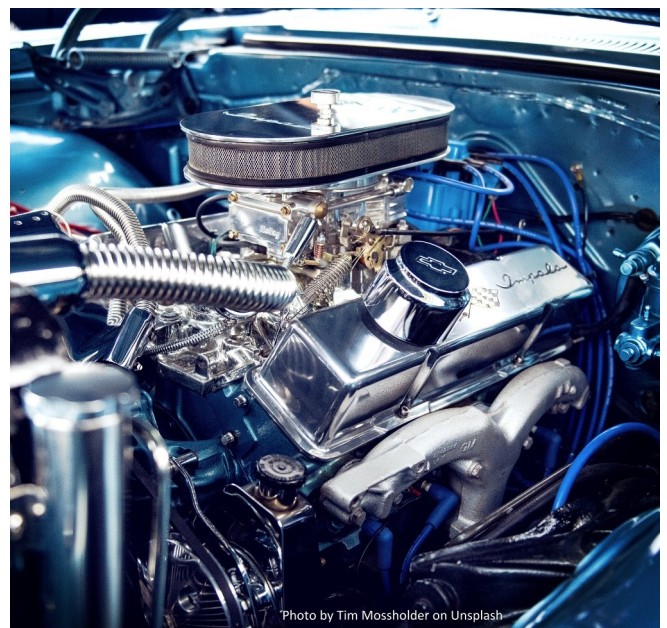
1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Ein Jahr nach der Starkregenflut am 14./15. Juli 2021 im südlichen Nordrhein-Westfalen und im Ahrtal legten wir unseren Antrag **Aus den Krisen lernen – Für einen starken Bevölkerungsschutz** mit Verbesserungsvorschlägen für den Bevölkerungsschutz in Deutschland vor. Flut, Corona und der Krieg gegen die Ukraine haben gezeigt: Im deutschen Bevölkerungsschutz gibt es erheblichen Modernisierungsbedarf. Wir legen 10 Forderungen vor, um den föderalen Bevölkerungsschutz – bestehend aus Zivilschutz (Bund) und Katastrophenschutz (Länder) – zu stärken. Hervorzuheben ist die Idee der „zivilen Reserve“, die bereits in unserem Positionspapier „Neustaat“ vom 8. Juni 2021 (Punkt 39) enthalten war. Es geht uns um eine freiwillige „Grundausbildung im Bevölkerungsschutz“ sowie um die bessere Koordinierung von Spontanhelfern in Krisenlagen. So können wir die personelle Durchhaltefähigkeit der Hilfsorganisationen, die Nachwuchsgewinnung und die Resilienz in der Bevölkerung insgesamt erhöhen.

Gesetz zu den Protokollen zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt der Republik Finnland und des Königreichs Schweden. Wir befassten uns mit dem besonders eiligen Gesetz zur Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO. Der Beitritt beider Staaten liegt in unser aller Interesse, wir bringen den erforderlichen Gesetzentwurf daher gemeinsam mit den Ampelfraktionen ein. Grundsätzlich gilt: Für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur NATO wird ein Protokoll zum Nordatlantikvertrag geschlossen. Das Protokoll ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Dieser Vertrag ist sodann in allen Mitgliedstaaten zu ratifizieren. Hierfür ist in Deutschland ein Ratifizierungsgesetz erforderlich. Im Bundestag wird die Ratifizierung in zwei Lesungen vorgenommen. Nach Abschluss des

Gesetzgebungsverfahrens in Bundestag und Bundesrat stimmt der Bundespräsident dem Vertrag förmlich zu, womit das innerstaatliche Ratifizierungsverfahren abgeschlossen ist.

Einsetzung der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“. Mit der Enquete-Kommission soll der Afghanistan-Einsatz seit 2001 in seiner Gesamtheit aufgearbeitet werden. Insbesondere geht es darum, Entscheidungen zu analysieren und daraus Lehren für das künftige Engagements Deutschlands in der internationalen Sicherheit abzuleiten. Wir werden die Kommission mit einer positiven, konstruktiven Haltung begleiten. Die anderen Fraktionen des Bundestages werden sich ebenfalls daran messen lassen müssen. Bundeswehr, Diplomaten und Entwicklungshelfer im Einsatz in Afghanistan haben eine fundierte Aufarbeitung verdient. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage ein weiteres internationales Engagement Deutschlands – in allen denkbaren Formen der vernetzten Sicherheitspolitik – notwendig sein wird. Parallel dazu beschlossen wir die Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode. Der Untersuchungsausschuss wird sich ausschließlich mit der Vorbereitung und Durchführung des Evakuierungseinsatzes am Flughafen Kabul in Afghanistan im Sommer 2022 beschäftigen.



Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors – Technologieoffenheit gewährleisten. Die vergangene Woche war geprägt vom Koalitionsstreit um den EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035. Auch nach der Entscheidung in Brüssel gibt weiterhin mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen diese Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist derzeit noch nicht recht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren "Prüfauftrag" umsetzen wird, der lediglich

in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot fixiert ist. Unser Antrag greift dies auf und konkretisiert in zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.



Mit unserem Antrag **Fluggastrechte weiterentwickeln** sprechen wir ein wichtiges Problem an: Die Luftfahrtkrisen der vergangenen Jahre – insbesondere die Pleite von Airberlin und die branchenweiten Probleme infolge der Corona-Krise – haben gezeigt: Fluggäste sind oft schutzlos, wenn es zu Flugunregelmäßigkeiten kommt. Mit unserem Antrag zeigen wir bestehende Defizite auf und machen Vorschläge, wie die Bundesregierung für Abhilfe sorgen kann. Insbesondere soll die zivilrechtliche Durchsetzbarkeit von Erstattungsansprüchen gestärkt sowie die Insolvenzabsicherung der im Voraus bezahlten Ticketpreise verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit den Schlichtungsstellen ausbauen, damit Passagiere schneller zu Ihren Rechten kommen.

Konsequente Antworten auf den Antisemitismuskandal bei der documenta geben. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, den Antisemitismuskandal bei der documenta transparent aufzuklären und endlich Konsequenzen zu ziehen. Dazu zählen insbesondere: Eine öffentliche Entschuldigung, vertrauensbildende Gespräche mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in Deutschland sowie die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die Fehlplanungen sowie Fehlentscheidungen aufzeigt und Verantwortlichkeiten benennt. Wir werfen der Bundesregierung vor, dass sie durch Nachlässigkeit sehenden Auges zugelassen hat, dass aus einer der weltweit bedeutendsten Kunstaustellungen eine Bühne für antisemitische Hetze wurde. Massive Warnungen und Einwände im Vorfeld blieben folgenlos. Es steht der Vorwurf im Raum, dass von Seiten der (politisch) Verantwortlichen – auch aus einer offenen Sympathie mit der

BDS-Bewegung heraus – nur halbherzig auf Warnungen reagiert wurde.

Deutschland als Innovations-, Biotechnologie und Pharmastandort stärken, EU-Mittel sichern, IPCEI Health beitreten. Deutschland muss auch in Zukunft ein bedeutender Biotech- und Pharmastandort bleiben. Die Forschungspolitik der CDU/CSU-geführten Bundesregierung hat von 2005 bis 2021 mit dazu beigetragen, dass die deutsche Biotechforschung zur Weltspitze gehört. Allerdings besteht mancherorts noch eine Transferlücke: Gründungsvorhaben werden nicht ausreichend skaliert, so dass trotz wissenschaftlicher Spitzenleistungen oftmals keine Wertschöpfung am Standort Deutschland stattfindet. Die Forschungspolitik muss auf diese Lücke ihr Hauptaugenmerk legen: Das Marktrisiko ist hier oft noch zu hoch, als dass Investoren die Lücke füllen könnten.



2. Sonstige Tagesordnungspunkte

In abschließender 2./3. Lesung haben wir das „Osterpaket“ der Bundesregierung zum Ausbau erneuerbarer Energien beraten: Das **Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor**, sowie das **Zweite Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes**, das **Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land** sowie das **Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung**. Mit diesem Paket will die Ampel die Grundlagen für einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien bereiten. Bereits im Jahr 2030 sollen mindestens 80 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien stammen. Im Jahr 2035 soll die Stromversorgung nach dem Gesetzentwurf fast vollständig aus erneuer-

baren Energien gedeckt werden. Wir unterstützen das Ziel der Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 und werden die Umsetzung dieses Gesetzespakets in diesem Sinne kritisch begleiten. Leider weist der Entwurf noch Schwächen auf, z.B. die einseitige Fokussierung nur auf Wind und Sonne, fehlender Netzausbau, fehlender Bürokratieabbau, hohe Kosten für Ausschreibungen, sowie Mängel bei der Beteiligung der Kommunen.

Außerdem haben wir abschließend das **Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmanngelage durch Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes und weiterer energiewirtschaftlicher Vorschriften** beraten. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, dem Strommarkt für einen befristeten Zeitraum zusätzliche Kapazitäten zur Stromerzeugung mit den Energieträgern Stein- und Braunkohle sowie Mineralöl zur Verfügung zu stellen. Dazu sollen Kraftwerke genutzt werden, die gegenwärtig nur eingeschränkt verfügbar sind, demnächst stillgelegt würden oder sich in einer Reserve befinden. Wir sehen dieses Gesetz kritisch. So bleibt zunächst fraglich, ob so ein unverzüglicher Stopp der Gasverstromung zuverlässig gewährleistet werden kann – eine Forderung, die wir seit über drei Monaten stellen. Zudem hinterfragen wir die einseitige Ausrichtung des Gesetzes auf Kohle.



In abschließender 2./3. Lesung befassten wir uns mit dem **Gesetz zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr**. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage muss die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr schnell erhöht werden. Mit dem 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr hat die Ampel auf unseren Druck hin endlich das nötige Geld zur Verfügung gestellt. Jetzt geht es darum, das nötige Material rasch zu beschaffen. Zentral ist dabei die schnellere Durchführung der Vergabever-

fahren. Das Gesetz schafft die Voraussetzung, damit alle Spielräume des nationalen Gesetzgebers im Rahmen des geltenden Verfassungsrechts sowie der europarechtlichen Vorgaben konsequent genutzt werden. Wir unterstützen den Gesetzentwurf, denn er geht die dringend erforderlichen ersten Schritte für eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr.

PANDEMIE- VORSORGE? JA, BITTE!

CDU/CSU

Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen gegen COVID-19.

Mit diesem in 1. Lesung beratenem Gesetz will die Bundesregierung erste Schritte zur Vorbereitung auf die Pandemielage im Herbst gehen. Hierzu werden die Ermächtigungsgrundlagen für die Coronavirus-Impfverordnung (CoronaimpfV) und Coronavirus-Testverordnung (TestV) sowie die Geltungsdauer der Coronavirus-Impfverordnung bis zum 30. April 2023 verlängert. Auch die Berechtigung zur Durchführung von COVID-19-Impfungen durch Apotheker, Zahnärzte sowie Tierärzte soll bis zum 30. April 2023 verlängert werden. Darüber hinaus soll die Datenlage in Bezug auf das Pandemiegeschehen verbessert werden.

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.